13. März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

anlässlich der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD möchten wir Ihnen, als Mitglied der Arbeitsgruppe „Digitales“, unsere Bedenken bezüglich der geplanten EU-Verordnung „FiDA“ mitteilen. Im Rahmen von FiDA, auch als „Open Finance“ bekannt, soll der datenschutzkonforme Austausch von Kundenfinanzdaten zwischen verschiedenen Finanzdienstleistern ermöglicht werden. Hierbei sehen wir jedoch erhebliche Risiken für den europäischen Markt und die Souveränität der Kundenfinanzdaten.

Gefährdung des europäischen Marktes durch Big Techs

Innerhalb der EU-Verordnung besteht die Gefahr, dass Unternehmen aus Drittstaaten, wie beispielsweise Alphabet Inc. (Google), Amazon, Meta (Facebook, Instagram) und X auf sensible europäische Kundenfinanzdaten zugreifen können. Diese Unternehmen haben bereits heute einen erheblichen Einfluss auf die globale Wirtschaft. Ein solcher Zugriff könnte deren Marktbeherrschung weiter ausbauen sowie die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Marktes nachhaltig verzerren.

Es ist daher mehr als fraglich, ob es im Interesse Europas liegt, sensible Finanzdaten in die Hände von Unternehmen zu legen, die eng mit der neuen Trump-Administration zusammenarbeiten und unter dem politischen Einfluss der USA stehen. Solche Daten könnten für strategische und geopolitische Zwecke missbraucht werden, was langfristig die digitale Souveränität Europas gefährden würde.

Verlust der digitalen Souveränität und Datenschutzrisiken

Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen US-Regierung und deren „America first“-Ansatz ist es von entscheidender Bedeutung, dass europäische Finanzdaten nicht an Unternehmen gelangen, die den hohen Datenschutzanforderungen der EU nicht gerecht werden. US-amerikanische Big Techs verfolgen vor allem wirtschaftliche und geopolitische Interessen, die nicht im Einklang mit den Datenschutzprinzipien der EU stehen. Die zunehmende Verflechtung zwischen der US-Politik und den Big Tech-CEOs macht es riskant, europäische Kundendaten in deren Hände zu geben, da diese häufig Entscheidungen treffen, die primär auf den US-Markt ausgerichtet sind.

Fehlende Reziprozität und unzureichende Schutzmaßnahmen

Sollten Unternehmen aus Drittstaaten Zugang zu europäischen Kundenfinanzdaten erhalten, müsste im Gegenzug auch sichergestellt sein, dass EU-Unternehmen gleichwertige Zugangsrechte in Drittstaaten erhalten – eine Voraussetzung, die angesichts der unterschiedlichen Datenschutzstandards, insbesondere in den USA, praktisch nicht realisierbar ist. Die derzeit vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen im Rahmen der Trilogverhandlungen erscheinen zudem unzureichend, um die Integrität des europäischen Marktes langfristig zu gewährleisten. Die Marktverzerrungen, die durch den Zugriff von Big Techs auf europäische Finanzdaten entstehen könnten, sind langfristig schwer zu kontrollieren und würden dem europäischen Finanzmarkt erheblichen Schaden zufügen.

Die vorliegenden FiDA-Pläne sind spätestens seit den jüngsten Entwicklungen in den USA aus der Zeit gefallen. Wir appellieren daher an Sie, sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen für die vollständige Streichung von FiDA auf europäischer Ebene stark zu machen.

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

Union Asset Management Holding AG • Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main • Postfach 16 07 63, 60070 Frankfurt am Main
Telefon: 069 2567-0 • E-Mail: service@union-investment.de • Internet: www.union-investment.de • Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 47289
Vorstand: Hans Joachim Reinke (Vorsitzender), Sonja Albers, Dr. Frank Engels, Giovanni Gay, André Haagmann
Aufsichtsratsvorsitzender: Dr. Cornelius Riese
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, IBAN: DE82 5006 0400 0000 1130 21, BIC: GENODEFFXXX